
6933/J XXIV. GP

Eingelangt am 18.11.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Vilimsky
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend Einsparungen bei Schulungen für die Exekutive

Die Zeitung "Die Presse" vom 22.10.2010 berichtete:

„Auf verlorenem Posten gegen Menschenhandel

Verbrechen. Aktionspläne gegen Geschäft mit Ware Mensch greifen oft zu kurz. Wien spart Polizeischulung ein.

(Wien) 2,4 Millionen Menschen weltweit sind davon betroffen, der Geschäftszweig ist 32 Milliarden US-Dollar schwer: Der Handel mit der "Ware Mensch" ist einer der am schnellsten wachsenden Zweige des organisierten Verbrechens.

Die Regierungen wurden aber erst vor relativ kurzer Zeit auf das globale Problem aufmerksam: Erstmals befasste sich auf internationaler Ebene das Palermo-Protokoll der UNO im Jahr 2000 damit und verfasste eine Definition dieser Art von Verbrechen. "In diesen zehn Jahren ist die Zahl jener Länder gestiegen, die entsprechende Gesetze erlassen haben", erklärt Martin Fowke, Chef der UN-Abteilung gegen Menschenhandel. Heute, Freitag, geht in der Wiener UNO-City eine Konferenz zu Ende, bei der über die seither gemachten Fortschritte diskutiert wurde.

Erfolgreiches Protokoll ohne Biss

141 Länder haben das Palermo-Protokoll unterzeichnet - und dieses damit zu einer der erfolgreichsten UN-Konventionen gemacht. Allerdings haben es viele Staaten auch dabei belassen und die guten Absichten nie in Gesetze gegossen. Selbst in den Ländern mit den entsprechenden Gesetzen bleibt die Zahl der Verurteilungen von Menschenhändlern niedrig. Das gesteht auch die UNO ein. Sind also die internationalen Aktionspläne und die einzelnen nationalen Gesetze zur Eindämmung dieses globalen Verbrechens gescheitert?

Luis CdeBaca, den US-Präsident Barack Obama vor einem Jahr zum Koordinator aller US-Aktivitäten zum Thema Menschenhandel ernannt hat, sieht in den bisherigen Anstrengungen Erfolge: "Vor zehn Jahren gab es die ersten Gesetze, und diese werden derzeit in vielen Ländern einer Novelle unterzogen." Ein weiterer Beleg für die Effizienz der Gesetze ist laut CdeBaca die Tatsache, dass immer mehr Betroffene entdeckt werden. Das habe nichts damit zu tun, dass das Problem des Menschenhandel an sich wachse, sondern damit, dass alle nötigen Mechanismen immer besser funktionierten.

Kein Geld für Weiterbildung

Wenig zufrieden mit dem globalen Kampf gegen Menschenhandel zeigt sich "Global Alliance Against Traffic in Women" (Gaatw), ein Zusammenschluss von mehr als 100 Opferschutzorganisationen weltweit. Gaatw-Vertreterinnen fordern eine Evaluierung bestehender Maßnahmen, weil man nicht wisse, ob diese auch wirklich Ergebnisse brächten. Vielmehr agiere man im "luftleeren Raum".

Kritik an der österreichischen Regierung kam von der Wiener Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel (Lefö): Bei den Schulungen für Polizisten, die bisher einmal jährlich stattfanden, wird heuer der Sparstift angesetzt. Ersatzlos gestrichen werden auch Weiterbildungskurse für Richter, allerdings aus mangelndem Interesse. "Menschenhandel ist eine komplexe Tat, die nicht einfach zu erkennen ist", meint Lefö-Chefin Evelyn Probst. "Die Polizisten in den Wachstuben sind die ersten, die mit den Betroffenen in Kontakt kommen." Daher müssten gerade sie entsprechend ausgebildet sein."

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Inneres folgende

Anfrage:

1. Stimmt es, dass die Schulungen für die Exekutive zum Thema Menschenhandel gestrichen werden?
2. Welche Schulungen werden noch eingespart?
3. Welche Fortbildungsveranstaltungen werden eingespart?
4. Wie hoch ist der Einsparungseffekt dadurch pro Jahr?
5. Wie sollen diese Inhalte künftig vermittelt werden?